

A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	Volt- Fraktion
Eingang	11.08.2022
Federführend	GB 2, GB 4

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Sport- und Bäderausschuss

17.08.2022

Bauausschuss

17.08.2022

Betreff:

**Neubau Hallenbad Weidenau
- Anfrage der Volt-Fraktion -**

Zu den Fragen wird wie folgt Stellung genommen:

- 1. Welche Bemühungen gab es seitens der Stadt, einen privaten Investor für den Neubau eines Schwimmbades zu finden?**

In der Sitzung des HFA am 11.12.2019 hat die Verwaltung über alternative Finanzierungsmodelle berichtet, u.a. über ein Investorenmodell. Diese Überlegungen wurden jedoch aus verschiedenen Gründen (vergaberechtliche, steuerliche, zeitliche, finanzwirtschaftliche) nicht weitergeführt.

- 2. Welche Fördertöpfe wurden in Erwägung gezogen?**

Es wurden sämtliche zu den Maßnahmen Sanierung oder Neubau in Frage kommen-

den Fördertöpfe in Erwägung gezogen. Es erfolgt auch zukünftig eine regelmäßige Prüfung auf Zuschussmöglichkeiten für das Hallenbad

2.1 . Wurden die Fördertöpfe „ Kommunalinvestitionen – KInvFG“ „Städtebauförderung“ oder Investmentpakt zur Förderung von Sportstätten“ angefragt?

Durch das **Kommunalinvestitionsförderungsgesetz** Nordrhein-Westfalen (KInvFöG NRW) Kapitel I wurde hauptsächlich die Sanierung der Rundsporthalle Eiserfeld gefördert. Nach Kapitel II wurden die Maßnahmen an der Bertha-von-Suttner-Gesamtschule und der Jung-Stilling-Schule finanziert. Es wurden insgesamt 11.121.489,90 € (Kapitel I 5.316.474,90 Euro und Kapitel II 5.805.015 Euro) bewilligt. Das entspricht der maximal möglichen Fördersumme. Somit ist eine weitere Förderung über das Kommunalinvestitionsförderungsgesetz Nordrhein-Westfalen ausgeschlossen.

Auch eine Förderung im Rahmen der **Städtebauförderung** über das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen im Rahmen des Bundesprogramm „**Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur**“ wurde geprüft. Es ist zu bedenken, dass die Förderquote maximal 45 Prozent der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben, bei Kommunen in Haushaltsnotlage 75 Prozent beträgt. Die Zuwendungen werden bei der Bewilligung auf einen Höchstbetrag begrenzt. Der Bundesanteil der Förderung soll in der Regel zwischen 1 und 6 Millionen Euro liegen. Außerdem kommen nur Gebäude im Sinne des Gebäudeenergiegesetzes in Betracht. Alle Projekte müssen Klimaschutzstandards erfüllen.

Bestandsgebäude sind grundsätzlich zu erhalten. Ersatzneubauten sind nur in Ausnahmefällen förderfähig. Dies kann dann der Fall sein, wenn dies im Vergleich zur Sanierung die nachweislich deutlich wirtschaftlichere und mit Blick auf den Klimaschutz effektivere Variante ist. Bauliche Erweiterungen der zu sanierenden Einrichtungen können nur gefördert werden, wenn diese zwingend notwendig sind.

Die Gebäude müssen nach Abschluss der Sanierungsmaßnahme erstmals die Effizienzgebäude-Stufe 70 oder bei Baudenkmälern oder sonstiger besonders erhaltenswerter Bausubstanz im Sinne des § 105 GEG die Effizienzgebäude-Stufe „Denkmal“ gem. der Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) erreichen. Ersatzneubauten und Erweiterungen, die eine zusammenhängende Netto-Grundfläche > 50m² aufweisen, müssen nach Abschluss der Maßnahme die Effizienzgebäude-Stufe 40 gem. BEG erreichen.

Der Deutsche Bundestag hat im Bundeshaushalt 2022 für alle Maßnahmen 476 Millionen Euro bereitgestellt. Dies würde für alle Kommunen in Nordrhein-Westfalen eine Fördersumme von ca. 80 Millionen Euro bedeuten.

Die Veröffentlichung des Projektauftrags 2022 erfolgte am 28.07.2022. Die Kommunen können ihre Interessenbekundungen bis zum **30. September 2022** einreichen. Zuvor ist bis zum 23. September 2022 dem für die Städtebauförderung zuständigen Landesressort formlos anzuzeigen, dass und für welches Projekt eine Interessenbekundung vorgesehen ist. Da die Grundsatzentscheidung zum Hallenbad noch aussteht, wird eine Interessensbekundung zur Abgabefrist nicht möglich sein. Für die Projektskizze ist ein Beschluss des Stadt- oder Gemeinderates erforderlich.

Eine Förderung über den „**Investitionspakt zur Förderung von Sportstätten im Land Nordrhein-Westfalen**“ ist nicht mehr möglich. In 2022 erfolgte noch eine Förderung von insgesamt 50 Millionen Euro. Die neue Bundesregierung hat beschlossen, den Bund-Länder-Investitionspakt ab 2023 nicht mehr fortzuführen. Dies wurde mit Schreiben vom 04.08.2022 des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen bestätigt.

2.2. Aus welchem Grunde geht man davon aus, aus Fördertöpfen keine Zuwendungen zu erhalten?

Das Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ ist in den vergangenen Jahren mehrfach überzeichnet (14-fach im Antragsjahr 2021) gewesen. Aus diesem Grund findet eine Auswahl der Fördermaßnahmen zur Aufnahme in das Bund-Länder-Programm Investitionspakt Sportstätten durch die jeweils zuständige Landesbehörde statt. Auch aufgrund der hohen Anforderungen an die Maßnahme kann eine Fördermöglichkeit erst nach Vorliegen aller Fakten bzw. Entscheidung für eine Variante abschließend beurteilt werden.

Andere Fördermöglichkeiten sind derzeit nicht in Sicht.